

wurde die Arbeit 2006 mit dem Werner-Hahlweg-Preis für Militärgeschichte ausgezeichnet.

Dresden

Roman Töppel

**AMIR D. BERNSTEIN, Von der Balance of Power zur Hegemonie.** Ein Beitrag zur europäischen Diplomatiegeschichte zwischen Austerlitz und Jena/Auerstedt 1805–1806, Duncker & Humblot, Berlin 2006. – 290 S. (ISBN: 978-3-428-12126-7, Preis: 74,00 €).

Die vorliegende Studie wurde 2005 an der Philosophischen Fakultät der Humboldt Universität Berlin als Dissertation eingereicht. Amir Bernstein rekonstruiert darin das Mächtespiel innerhalb des europäischen Staatensystems zwischen der Bildung der dritten antifranzösischen Koalition im Jahre 1805 und den Schlachten bei Jena und Auerstedt im Oktober 1806. Dem Vf. geht es nicht allein darum, die bereits vorhandenen Kenntnisse über diesen kurzen, jedoch ereignisreichen Zeitraum durch neue Aktenfunde zu ergänzen. Bernsteins Anspruch zielt darauf ab, die historischen Ereignisse aus einer neuen Perspektive zu beleuchten (S. 14). Diese neue Perspektive soll vor allem durch die Betrachtung der „Aktivitäten der Akteure außerhalb des bekannten geographischen Brennpunktes“ (S. 16) und die Untersuchung der „geschichtlichen Nebenlinien“ (S. 19) geschaffen werden.

Die Quellenbasis der Arbeit ist beeindruckend. Neben zahlreichen gedruckten Quellen und der einschlägigen Sekundärliteratur hat der Vf. Dokumente aus Archiven in Berlin, Bremen, Lübeck, Hamburg, Marburg, Dresden, Wien, Paris und Kew herangezogen. Zu Sachsen finden sich in Bernsteins Literaturverzeichnis nicht nur die größeren Arbeiten von André Bonnefons, Carl Wilhelm Böttiger und Dorit Petschel, sondern auch ältere Aufsätze, deren Beachtung in einer thematisch so breit angelegten Arbeit durchaus nicht selbstverständlich erscheint.

Bernstein stellt zunächst die Grundstrukturen des europäischen Staatensystems zu Beginn des 19. Jahrhunderts vor und widmet sich dann den Hauptinteressen der dritten antifranzösischen Koalition: Russland sah das Legitimitäts- und das Gleichgewichtsprinzip durch Napoleon in Frage gestellt, Großbritannien glaubte vor allem seine Handelsinteressen und seine dynastischen Interessen (Hannover) gefährdet. Österreich und Schweden traten der Koalition dagegen in erster Linie aus territorialen Interessen bei. Das gemeinsame Ziel der Verbündeten war die Eindämmung Frankreichs und die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts.

Letzteres Ziel verfolgte auch der französische Außenminister Charles Maurice de Talleyrand. Wie Bernstein überzeugend darstellt, arbeitete dieser den weitgesteckten Plänen Napoleons immer wieder entgegen, um den Frieden und das europäische Mächtekonkordat zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Napoleon wollte im Gegensatz zu Talleyrand eine neue Ordnung in Europa. Mit seinem militärischen Sieg bei Austerlitz im Dezember 1805 konnte er seine Vorstellungen gegen die Projekte seines Außenministers durchsetzen.

Infolge der Niederlage der Koalition bei Austerlitz verlagerte Russland seinen Kampf gegen Napoleon an die Peripherie Europas. In einem ausführlichen Exkurs geht der Vf. auf die Besetzung der adriatischen Hafenstadt Cattaro (Kotor) durch russische Streitkräfte und die Rückwirkungen dieser Aktion auf die Politik der Großmächte in Mitteleuropa ein (S. 87-109).

Breiten Raum widmet Bernstein den außenpolitischen Plänen Preußens, und zwar gemäß dem Ziel seiner Arbeit, das Wirken einzelner Akteure auf die Außenpolitik der

Staaten stärker zu beleuchten. Der Vf. stellt dar, dass die Initiative zur Besetzung Hannovers ohne das Einverständnis Großbritanniens auf den Kabinettsminister Christian Heinrich Kurt Graf von Haugwitz zurückging. Der preußische Staatsminister Karl August Fürst von Hardenberg sprach sich zwar auch für die Inbesitznahme Hannovers aus; er wollte jedoch vorher das Einverständnis Großbritanniens erlangen (S. 75).

Die Besetzung Hannovers durch Preußen musste in London nicht zwangsläufig als feindlicher Akt betrachtet werden. Bernstein weist darauf hin, dass Großbritannien vor 1805 den Einmarsch preußischer Truppen in Hannover mehrfach gebilligt hatte; das Kurfürstentum sollte dadurch vor einer Okkupation durch die Franzosen geschützt werden. 1805 ging Preußen jedoch gemäß der harten Linie des Grafen von Haugwitz vor, erklärte ohne vorherige Konsultation Großbritanniens das Kurfürstentum Hannover zu seinem neuen Besitz und schloss die norddeutschen Häfen für den englischen Handel. Diese Bedrohung sowohl seiner wirtschaftlichen als auch seiner dynastischen Interessen musste Großbritannien zwangsläufig in den Krieg gegen Preußen führen. Von der Wirtschaftsblockade, die Großbritannien in der Folge gegen Preußen verhängte, wurde auch Sachsen getroffen; die Einfuhr über die Ostseehäfen kam zeitweilig völlig zum Erliegen (S. 103 f.).

Auch nach Napoleons Sieg bei Austerlitz arbeitete Talleyrand auf eine Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts hin. Als Ausgleich zum französisch kontrollierten Rheinbund schlug er einen Nordbund unter der Führung eines preußischen Kaisers vor. Preußen betrieb schon seit längerer Zeit eine Außenpolitik, die vom Reich unabhängig und z. T. gegen das Reich gerichtet war. So wurde das französische Projekt in Berlin willkommen geheißen. Das preußische Kabinett verkannte aber, dass es sich nicht um einen Vorschlag Napoleons, sondern nur um ein Projekt Talleyrands handelte. Der französische Außenminister förderte die preußischen Bundespläne, indem er die von Napoleon gewünschte Allianz zwischen Kurhessen und Frankreich verhinderte. Talleyrand wollte, dass sich Kurhessen nicht Frankreich, sondern Preußen anschließe. Auch mit Russland und Großbritannien verhandelte der Minister auf eigene Initiative weiter. Das Vorhaben Preußens, einen norddeutschen Bund zu erschaffen, scheiterte dennoch, da nur Kurhessen die weitreichenden preußischen Pläne unterstützte, und dies auch nur, weil es an Territorialgewinn interessiert war. Kursachsen zeigte sich zwar grundsätzlich einem Bündnis mit Preußen geneigt, wick dem Projekt des Nordbundes jedoch aus. Der konservative Kurfürst Friedrich August III. wollte an der alten Reichsverfassung festhalten; ihm gingen die preußischen Ambitionen zu weit. Als sich die außenpolitische Lage zwischen Frankreich und Preußen im Sommer und Herbst 1806 verschärfte, erklärte sich Sachsen aber bereit, Preußen seine Truppen zu unterstellen.

Die Spannungen zwischen Frankreich und Preußen kamen, so Bernstein, vor allem durch Missverständnisse auf beiden Seiten zustande. Das preußische Kabinett erhielt die falsche Nachricht, dass Frankreich dem Zaren die Abgabe preußischer Gebiete an ein zukünftiges polnisches Königreich unter dem Zepher des russischen Großherzogs Konstantin zugesagt hätte. Hinzu kam die Meldung, Frankreich wolle das durch Preußen besetzte Hannover an England zurückgeben. Schließlich betrachtete Preußen die ständige Anwesenheit französischer Truppen in Mitteleuropa als Bedrohung.

Preußens herausfordernde Haltung rief eine außenpolitische Gegenoffensive Napoleons hervor. Der französische Kaiser übte nun Druck auf die Reichsstände aus, um ihren Beitritt zum norddeutschen Bund zu verhindern. Im Falle von Sachsen schlug Napoleon vor, Kurfürst Friedrich August III. solle neutral bleiben und den Königstitel annehmen. Dazu holte Napoleon sogar die Zustimmung Österreichs ein (S. 207 f.). Die Versuche des französischen Kaisers, den preußischen Nordbund zu verhindern, lösten

in Berlin wiederum eine heftige Gegenreaktion aus: Am 25. September 1806 stellte Friedrich Wilhelm III. Napoleon ein Ultimatum, in dem er den Abzug der französischen Truppen, die Ermöglichung des Nordbundes und Verhandlungen verlangte, um die Streitigkeiten beizulegen. Dieses Ultimatum und die anschließende Kriegserklärung ebneten den Weg nach Jena und Auerstedt, zur völligen Vernichtung der preußischen Armee.

In der älteren Literatur wurde die Zäsur zum Ende des Zeitalters des europäischen Gleichgewichts bei der Französischen Revolution, beim Reichsdeputationshauptschluss, der Schlacht bei Austerlitz oder der Gründung des Rheinbundes gesetzt (S. 228). Für Amir Bernstein bedeuten jedoch Napoleons Siege über Preußen im Oktober 1806 die Zerstörung des europäischen Gleichgewichtssystems und die Errichtung der napoleonischen Hegemonie. Bernstein hält fest: „Der Strukturwandel in Europa vollzog sich erst im Herbst 1806“ (S. 228). Damit hat der Vf. zweifelsohne eine Grundlage für weitere Diskussionen und für weitere Forschungen gelegt.

Der Hauptkritikpunkt des Rezensenten betrifft Bernsteins Darstellungen zur Außenpolitik Sachsens. So verdienstvoll der Versuch des Vf. erscheint, nicht nur die Außenpolitik der Großmächte, sondern auch der mittleren und kleinen norddeutschen Reichsstände in die Untersuchung einzubeziehen, so zeigt die Arbeit doch an vielen Stellen, dass ein solch breites Vorhaben im Rahmen einer Dissertation offensichtlich kaum realisierbar ist. Viele Aussagen, die der Vf. über die Außenpolitik Sachsens getroffen hat, sind nicht haltbar. So behauptet Bernstein, Kurfürst Friedrich August III. sei der Initiator der Pillnitzer Erklärung von 1791 und „eine wichtige ideologische Triebkraft der [ersten] antifranzösischen Koalition gewesen“ (S. 46 f.). Als Quellenbeleg führt er Carl Wilhelm Böttigers Standardwerk zur Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen an.<sup>1</sup> An der angegebenen Belegstelle findet sich jedoch genau die gegenteilige Aussage: Laut Böttigers Darstellung, die auch von der neueren sächsischen Geschichtsschreibung bisher nicht in Zweifel gezogen wurde, lehnte der sächsische Kurfürst eine Teilnahme an der antifranzösischen Koalition entschieden ab, bewahrte strikte Neutralität und riet auf dem Reichstag wiederholt zur gütlichen Beilegung der Streitigkeiten mit Frankreich.

An anderer Stelle behauptet der Vf., dass in den Verhandlungen zwischen Preußen und Sachsen „die religiösen und ideologischen, d. h. politisch-kulturellen Differenzen“ zwischen den beiden Staaten zum Ausdruck gekommen seien (S. 139). Die Unterschiede in der politischen Kultur hätten, so Bernstein, eine Einigung zwischen Berlin und Dresden schon in der Zeit vor der Reichsauflösung verhindert (S. 147). Dass Sachsen und Preußen jedoch bereits während des Bayerischen Erbfolgekrieges 1778/79 verbündet gewesen waren, sich 1785 im Fürstenbund zusammenfanden und 1793 eine Konvention zur Verteidigung des Obersächsischen Reichskreises abschlossen, hat der Vf. ebenso außer Acht gelassen wie Sachsens offiziellen Beitritt zum preußisch-norddeutschen Neutralitätssystem 1796 und die enge Anlehnung Sachsens an Preußens Politik bis hin zum Wunsch nach einer förmlichen Militärkonvention im November 1805.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> CARL WILHELM BÖTTIGER/THEODOR FLATHE, *Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen*, Bd. 2, Gotha 21870, S. 593 f.

<sup>2</sup> Ausführlich dazu: DORIT PETSCHER, *Sächsische Außenpolitik unter Friedrich August I., Zwischen Rétablissement, Rheinbund und Restauration*, Köln/Weimar/Wien 2000. Zum Wunsch des sächsischen Kurfürsten nach einer förmlichen Militärkonvention mit Preußen vgl. auch CARL GRETSCHER/FRIEDRICH BÜLAU, *Geschichte des Sächsischen Volkes und Staates*, Bd. 3, Leipzig 1853, S. 318.

Bernstein ist zwar zuzustimmen, dass die konservative außenpolitische Linie des sächsischen Kurfürsten nur schwer mit dem „opportunistischen Vorgehen Preußens“ vereinbar gewesen sei (S. 140). Die religiösen Gegensätze zwischen den beiden Staaten hat der Vf. aber deutlich überschätzt. Für Bernstein zeigen sich diese vor allem in dem Vorschlag des preußischen Gesandten Carl Christian von Brockhausen, durch „die Einbeziehung einer deutsch-nationalen Komponente [...] eine breitere Basis in der gesamten norddeutschen Bevölkerung [für den geplanten norddeutschen Bund] zu schaffen“. Konkret regte Brockhausen „die Idee einer evangelisch-lutherischen Gemeinschaft als zentrales Fundament für die geplante Föderation an“. Damit habe sich Brockhausen über die Tatsache hinweggesetzt, dass der sächsische Hof katholisch war, und sich bewusst an die mehrheitlich protestantische Bevölkerung gewandt. Brockhausen habe gegen das Prinzip „cuius regio, eius religio“ und die Konventionen des Ancien Régime gehandelt und die politischen Grundprinzipien des kursächsischen Staates verletzt. Hierin sieht der Vf. anscheinend einen Hauptgrund für das Scheitern des norddeutschen Bundesprojektes von 1806 (S. 149). Bernstein verweist in diesem Zusammenhang auf den sächsischen Gegenentwurf und führt als Beleg wiederum die Arbeit von Böttiger an.<sup>3</sup> Allerdings findet sich an der angegebenen Stelle keine Spur von den vermeintlichen religiösen Gegensätzen. In Wirklichkeit konnte davon auch kaum die Rede sein. Bekanntlich hatte Sachsen nach dem Konfessionswechsel Kurfürst Friedrich Augusts I. im Jahre 1697 das Direktorium im Corpus Evangelicorum behalten und betrachtete sich nach wie vor als eine protestantische Macht.

Schließlich behauptet Bernstein, auch der sächsische Kurfürst habe Preußen im Herbst 1806 die militärische Unterstützung versagt; die bereitgestellten kursächsischen Truppen seien nicht zum Einsatz gekommen (S. 216 f.). In Wirklichkeit genehmigte Friedrich August III. am 12. September 1806 den Einmarsch der preußischen Truppen in Sachsen und gab den Befehl zur Mobilmachung der sächsischen Armee, und dies, obwohl die Verhandlungen über den norddeutschen Bund noch zu keinem für Sachsen befriedigenden Abschluss gekommen waren. Am 20. September erteilte Friedrich August III. außerdem seine Zustimmung zur Militärkonvention mit Preußen. Am 1. Oktober unterstellte er seine mobilen Truppen bedingungslos dem preußischen Oberbefehl, und zwar auch für den Fall grenzüberschreitender Operationen. Es handelte sich dabei um insgesamt 22.000 Soldaten, die am 14. Oktober an der Schlacht bei Jena teilnahmen und gleich den preußischen Truppen aufgerieben wurden.<sup>4</sup>

Bernsteins Versuch, die Außenpolitik der europäischen Mächte zwischen Austerlitz und Jena/Auerstedt auch unter Einschluss der mittleren und kleineren Mächte darzustellen, verdient Anerkennung. Allerdings wird die Qualität der Studie durch die genannten Fehlinterpretationen deutlich eingeschränkt, zumindest für den Leser, der sich neue Erkenntnisse über die Außenpolitik Sachsens in den Jahren 1805 und 1806 erhofft.

Dresden

Roman Töppel

<sup>3</sup> BÖTTIGER/FLATHE, Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen (wie Anm. 1), S. 635.

<sup>4</sup> [JOB] VON WITZLEBEN, Die Verhandlungen über den norddeutschen Bund (Juli bis Oktober 1806). Unter Berücksichtigung der bisher unbenutzt gebliebenen Materialien des Königl. Sächs. Haupt-Staatsarchivs bearb., in: Archiv für die Sächsische Geschichte 6 (1868), S. 36-75 u. 113-158; PETSCHEL, Sächsische Außenpolitik unter Friedrich August I. (wie Anm. 2), S. 273-290; WOLFGANG GÜLICH, Die Sächsische Armee zur Zeit Napoleons. Die Reorganisation von 1810, Beucha 2006, S. 67-71.